19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Mirjam Golm (SPD)**

vom 1. August 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. August 2024)

zum Thema:

Hohe Fallzahlen bei der BIG-Hotline

und **Antwort** vom 4. September 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 6. September 2024)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Mirjam Golm (SPD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20012
vom 01. August 2024
über Hohe Fallzahlen bei der BIG-Hotline

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Die BIG Hotline berichtet, dass im Mai 2024 insgesamt 78% der Anruferinnen, die sich in akuter Gefahr befanden, nicht auf einen Schutzplatz vermittelt werden konnten. Wie bewertet der Senat diese hohe Prozentzahl?

Zu 1.: Bei den 78 % Anruferinnen handelt es sich um die Anrufe, in denen Frauen von akuter Gefahr berichten, einen Wunsch auf Vermittlung auf einen Schutzplatz haben und nicht zeitgleich auf diesen vermittelt werden können. Wenn eine Vermittlung nicht möglich ist, rufen Frauen teilweise auch mehrmals am Tag an; genauso wie sie sich mehrmals im Monat bei der Hotline melden können. Diese Mehrfachanrufe werden von der BIG Hotline nicht aus der Gesamtanruhzahl herausgerechnet, da die Frauen sich anonym melden und die Anonymität und Vertraulichkeit der Hotline von hoher Wichtigkeit für einen niedrigschweligen Zugang ist. Die Beratung ist auf den Bedarf und den Anliegen der Anrufenden ausgerichtet, so dass Wiederholungskontakte nur dann gezählt werden, wenn dies im Gespräch erwähnt wird oder die anrufende Person der Beraterin bereits bekannt ist. Die Sicherstellung der Anonymität hat gegenüber dem Wunsch nach statistischen Auswertungen Priorität.

Gleichzeitig handelt es sich bei den Platzmeldungen der Einrichtungen für Akutschutzplätze um Momentaufnahmen, da sich die zur Verfügung stehenden Plätze auch innerhalb des Tages aufgrund der Fluktuation in den Schutzeinrichtungen ändern können.

Die Zahlen der BIG Hotline bilden also die Fälle ab, in denen eine zeitgleiche Vermittlung nicht möglich ist; ob die Anruferin später am selben Tag oder am nächsten Tag einen Schutzplatz in Anspruch nehmen konnte, kann dadurch nicht nachvollzogen werden.

Außerdem steht es schutzsuchenden Frauen frei, die Schutzeinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen direkt zu kontaktieren. Wenn in dem Moment des Anrufs keine Plätze zur Verfügung stehen, dann eruieren die Beraterinnen der BIG Hotline alternative Schutzmöglichkeiten mit den Frauen, die zur Überbrückung bis zur Aufnahme in eine Schutzunterkunft genutzt werden könnten. Auch in den Frauenhäusern wird sich um eine Weitervermittlung, z. B. in ein anderes Bundesland, bemüht.

Trotz der statistischen Ungenauigkeiten in den Zahlen ist die Entwicklung beunruhigend und kongruent mit den bundesweit steigenden Zahlen von Betroffenen häuslicher Gewalt. Erklärtes Ziel des Senats ist, dass jede schutzsuchende gewaltbetroffene Frau diesen auch finden und in Anspruch nehmen kann.

2. Worin sieht der Senat die Gründe für die gestiegenen Anrufrufen bei der BIG Hotline im Mai und Juni 2024?

Zu 2.: Die BIG Hotline ist seit Februar 2024 täglich 24 Stunden (24/7) erreichbar. Dies bedeutet, Frauen können im Notfall direkt in der Nacht beraten werden und auch die Polizei kann sich in der Nacht an die Hotline wenden. Dies ist essentiell, da die Nachtstunden für manche Frauen oft die sicherste Möglichkeit bieten, die Hotline zu kontaktieren. Ein Teil der gestiegenen Anrufrufen könnte durch den Ausbau der Hotline Zeiten erklärt werden.

Zusätzlich bekommt das Thema häusliche Gewalt auch medial eine höhere Aufmerksamkeit. So hat die Presse die von der Senatsverwaltung für Inneres im Frühjahr veröffentlichten Zahlen der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2023 (PKS), insbesondere zum Anstieg im Bereich häusliche Gewalt, aufgegriffen und darüber berichtet. Die Fachabteilung hat Ende 2023 eine multimediale Anti-Gewalt-Kampagne in Berlin gestartet, durch die von Gewalt betroffene Frauen gestärkt und unterstützt werden sollen. Auch diese hat die Aufmerksamkeit auf das Thema geschlechtsspezifische Gewalt gelenkt. Es ist nicht unüblich, dass mit einer vermehrten öffentlichen Berichterstattung über häusliche Gewalt sich auch die Nachfrage nach Beratung leicht erhöht.

3. Welche Maßnahmen hat und wird der Senat ergreifen, um gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder zu schützen?

Zu 3.: Seit 2020 ist die Zahl der Schutzplätze kontinuierlich ausgebaut worden. Insbesondere die Zahl der niedrigschwellig zugänglichen Schutzplätze für akut von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder hat sich von Anfang 2020 bis heute von 301 auf 521 Plätze erhöht: Von den Akut-Schutzplätzen befinden sich insgesamt 462 in Frauenhäusern, 15 in der Berliner Clearingstelle und 44 in den Frauenschutz-Wohnungen.

Als Ergänzung der Akut-Versorgung stehen in den Zufluchtswohnungen rund 170 Schutzplätze und in den Zweite-Stufe-Wohnungen rund 160 Schutzplätze zur Verfügung. Für den Berliner Senat hat der weitere Ausbau der Schutzplätze eine hohe Priorität.

Derzeit wird intensiv an der Umsetzung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention gearbeitet, der 134 Maßnahmen zur Schutz und Beratung von gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern enthält. Zahlreiche Anti-Gewalt-Projekte konnten durch den Mittelaufwuchs im Kapitel 1180, Titel 68406 im Haushaltsjahr 2024 aufgestockt sowie neue Projekte angestoßen werden:

Im Bereich Schutz und Unterstützung wurde das Beratungsangebot für gewaltbetroffene Frauen vor allem in den bisher unterversorgten Randbezirken ausgebaut. Dazu zählen:

- der Aufbau einer Fachberatungs- und Interventionsstelle zu häuslicher Gewalt bei Eulalia Eigensinn e. V. und
- die Verstärkung der Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Migrantinnen bei Hinbun, beides im Bezirk Spandau.

Aktuell ist das Fachreferat der Abteilung Frauen und Gleichstellung in engem Austausch mit dem Frauenzentrum Matilde bezüglich des Aufbaus einer weiteren Fachberatungsstelle bei häuslicher Gewalt in Marzahn-Hellersdorf.

Weitere Beratungsangebote zu verschiedenen Gewaltformen konnten gestärkt werden, durch:

- den Ausbau der Angebote für Betroffene von sexualisierter Gewalt bei LARA e. V.
- und den Ausbau der Koordinierungsstelle FGM_C bei Familienplanungszentrum Balance e. V.

Darüber hinaus hat der Senat die Schutzplätze qualitativ und quantitativ ausgebaut, u.a.:

- der Ausbau und die Verstärkung von Casamia Zufluchtswohnungen bei der Interkulturellen Initiative e. V. und
- der Ausbau der Frauenschutz-Wohnungen bei der Berliner Stadtmission e.V. um zusätzliche 14 Schutzplätze.
- die konkrete Planung von weiteren 50 Akut-Schutzplätzen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder ist bereits weit fortgeschritten.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Verbesserung der Versorgung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen gewaltbetroffener Mütter, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Altersgruppen und Geschlechter. Dazu fand u.a. am 30.04.2024 ein Fachaustausch zwischen dem Fachreferat und den Frauenhäusern, der Clearingstelle und den Frauenschutz-Wohnungen statt, indem über bestehende Bedarfe der Projekte gesprochen wurde. Einige notwendige Aufstockungen konnten bereits bewilligt werden, einige der eingereichten Anträge werden aktuell bewilligt.

Auch konnte die „Mobile Beratung Kinderbegleitung“ bei der BIG Hotline verstetigt werden und es ist geplant, diese perspektivisch weiter zu verstärken.

Zudem wird die Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe (SGB IX) und dem Berliner Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen verbessert: Hierzu startet noch in diesem Jahr die neu eingerichtete Fachstelle Inklusion, ein Kooperationsprojekt zwischen der Mutstelle bei Lebenshilfe Berlin e.V. und BIG e. V. Des Weiteren hat das Fachreferat erste Gespräche mit BIG e. V. zur Umsetzung des Ausbaus des Sprachmittlungspools und zur Unterstützung der Maßnahmen aus dem Querschnittsbereich Fortbildungen geführt.

Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen konnte der Gewaltschutz in Berlin in 2024 bereits verstärkt werden. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel wird das Hilfesystem auch in 2025 weiter ausgebaut werden.

4. Ist eine Einbindung der Anti-Gewalt-Projekte bei der Priorisierung weiterer Maßnahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul Konvention geplant und wenn ja, in welcher Form?

Zu 4.: Ja, die Anti-Gewalt-Projekte werden in den Prozess der Priorisierung weiterer Maßnahmen des Landesaktionsplans eingebunden. Es ist vorgesehen, noch im September die Fachgruppen, die an der Erarbeitung des Landesaktionsplans mitgewirkt haben, zu beteiligen. Hierfür sind sowohl Präsenztermine als auch Umlaufverfahren vorgesehen.

Berlin, den 04. September 2024

In Vertretung

Micha Klapp

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung